

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatlich 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholstellen und der Expedition abgeholt 40 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 120 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1.000 Mk. des Quartals mit Beifriederichsbeilage 1.000. 40 Pf. Druckkosten der Redaktion 11-12 Uhr Vorm. Kettnerhägergasse Nr. 4. XIX. Jahrgang.

Interenten - Annahme
Kettnerhägergasse Nr. 4.
Die Expedition ist zur Annahme von Interenten vom Montag von 8 bis 10 Uhr mittags 7 Uhr geöffnet.
Kundens - Annahmen - Eigenen in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. u. Rudolf Wölfe, Danzigsch und Bogler, R. Steiner, C. S. Dauter & Co.
Emil Kreidner.
Interentenpreis für 1 halbtägige Seite 20 Pf. Bei größeren Aufträgen u. Wiederholung Rabatt.

Das billigste Blatt

In Danzig ist der „Danziger Courier“. Er kostet monatlich nur 20 Pfennig bei Abholung von der Expedition, Kettnerhägergasse 4 und den Abholstellen. Für 30 Pfennig monatlich wird er täglich durch unsere Botenfrauen in's Haus gebracht.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 31. Januar.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute den Vorbericht. Mit Rücksicht auf die entgegenkommende Erklärung des Ministers Frhrn. v. Hammerstein (vergl. in voriger Nr.) wurde der gemeldete Antrag v. Wangenheim zurückgezogen. Abg. Gerdeler (freiconf.) empfahl unter Hinweis auf die westpreussischen Verhältnisse der Vermittlung, den kleinen Leuten zu ermöglichen, trotz der Preistreiberen der Holzhandler ihren Bedarf an Brennholz zu decken, indem beim Einschlag ein größerer Prozentsatz als Brennholz abgegeben wird. Bei Strassburg sei auf der Herrschaft Oranien ein Wald von 400 Hektar niederge schlagen worden. Es sei bedauernd, daß der Staat in solchen Fällen nicht eingreifen könne.

Abg. Döhl (freis. Ver.) beschwerte sich über Benachteiligung der Landwirthe bei den Holzverkäufen der Regierung zu Königsberg. Bei Holzterminen würden oft große Posten angeboten, die dann von vereinigten Fabrikbesitzern, die sich nicht überbieten, zu billigen Preisen aufgekauft werden, während die Landwirthe bedeutend über die Tage bezahlen müssen. Auf Anregung des Abg. Camp (freiconf.) bezüglich der Erleichterung der Forts-Bildungsbedingungen stellte Minister Hammerstein für das nächste Jahr eine Vorlage betr. den Fideicommissstempel in Aussicht. Von verschiedenen Seiten trat man für einen Ausbreitungsplan im Interesse der Eichenwälder ein.

Morgen wird der Gehalts- und Berg-Etat beraten.

Reichstag.

Berlin 31. Januar.

Der Reichstag erledigte heute das Ordinarium des Budgets, wobei insbesondere die Gehalts- und Advocaten-Verhältnisse etc. der verschiedenen Beamtenkategorien eingehend besprochen wurden. Bei den Affirmanten brachte Abg. Diehlhahn (Antif.) die Ansprüche gewisser Klassen von Militäranwärtern auf Gehaltsnachsparungen vor. Sein Antrag, den betreffenden Etsatzstellen an die Commission zurückzuverweisen, wurde abgelehnt. Gegen die Kasernierung von Unterbeamtenfamilien in großen Städten erklärte sich Staatssekretär

Hans Gickstedt.

Roman in zwei Bänden von Anna Paul. (M. Gerhardt.) 8. (Nachdruck verboten.)

„Alles was mein Vater angriff, ergriffte er mit Feuer. Damals glaubte man noch die Landwirtschaft wie ein chemisches Experiment betreiben zu können, wo die Elemente sich nach Belieben trennen und verbinden lassen und ein unfehlbares Resultat liefern. Aber der goldgedüngte Boden wollte keine goldenen Früchte tragen. Die verführerische und kostspielige Liebhaberei für Rossenpferde verschlang enorme Summen, und schließlich verfiel mein armer Vater noch auf die verhängnisvollste Leidenschaft des Landwirths: für das Bauwesen. Als der ganze Gutshof mit Wirthschaftsgebäuden und Arbeiterwohnungen auf das stattlichste aufgerichtet war — gehörte kein Dachstuhl mehr aus. Bevor es zur Subhastation kam, erlag mein Vater einer Lungenentzündung, die er sich durch ein kaltes Bad nach starker Erregung auf der Jagd — schwerlich aus Unbedacht — zugezogen hatte.“

„O wie wunderbar!“ rief Gertrud. „Und Sie?“
„Ich wurde nach Hause berufen — aus Königsberg, wo ich damals arbeitete — was man so arbeiten nennt — und mein Leben litt genug, ohne mir von der bevorstehenden Katastrophe etwas träumen zu lassen. Es hatte sich alles zu schnell, zu unerwartet entschieden. Mein Vater hatte freilich darauf gedrungen, daß ich die juristische Laufbahn einschlug — vielleicht in der Voraussetzung, daß er mir kein Erbgut hinterlassen würde. Ich hatte weder auf der Schule, noch auf der Universität viel Zeit verloren — nicht in Folge besonderer Fleißes, sondern weil ich nirgend große Schwierigkeiten für mich vorfand. Jetzt stand ich vor dem Examen — aller Eignungsmittel beraubt.“

„Für mich war mir übrigens keineswegs bange — aber meine Mutter!“

„O Gott ja — Ihre Mutter!“ wiederholte Gertrud. „Sie können denken, daß zwischen ihr und mir, dem einzigen Sohn, von jeher ein sehr inniges Verhältniß bestand. Sie war noch jugendlich, von heiterer, zärtlicher Gemüthsart, empfänglich für alles, was ich ihr aus meinem sehr bewegten Innenleben oder von außen her zutrug, die Vertraute all meiner Abentheuerungen, all meiner Jugendhoffnungen. Zwischen meinem Vater und mir spielte sogar immer etwas Eifersüchtelei wegen der Mutter.“

v. Bodbielski gan) entschieden. Wie von ihm mitgetheilt wurde, wird in den nächsten Tagen eine Bekanntmachung erscheinen, wonach die Herstellung mehrerer Fernsprechanstalten an dieselbe Leitung zu erheblich billigeren Bedingungen ermöglicht werden soll. Ferner wird für Sorge getroffen, daß bei Herstellung und Unterhaltung dieser Einrichtung auch die Privatindustrie concurriren kann.

Morgen steht das Extraordinarium des Post-Etats und der Etat der Reichsdruckerei auf der Tagesordnung.

Der polnische Abgeordnete Carlinski hat eine Interpellation im Reichstage betreffend die Handhabung des § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes (Polmeischer) eingebracht.

Die Budgetcommission des Reichstages lehnte heute einstimmig die Forderung von 1 753 000 Mk. zur Erwerbung eines Grundstücks beauftragt eines Dienstgebäudes für das Colonialamt wegen zu hohen Kaufpreises ab.

Die Wahlberufungscommission des Reichstages erklärte heute die Wahl Stöckers für gültig. Berlin, 1. Febr. Der Reichstag erledigte heute den Rest des Budgets und den Etat der Reichsdruckerei. Nächsten Dienstag erfolgt die dritte Lesung der lex Heinze.

Der Krieg vor dem Richterstuhl des britischen Parlaments.

Aus den getragenen Debatten des englischen Unterhauses ist noch Folgendes nachzutragen:

Bei der fortgesetzten Debatte über das von Lord Fitzmaurice eingebrachte tabelnde Amendement zur Adresse sagte zunächst Stephenson, er wünsche zu wissen, auf wessen Einfluß man den ursprünglichen Selbstzweck aufgeben habe. Der Regierung sei der Vorwurf gemacht worden, daß sie nicht über die Rüstungen der Boeren genügend unterrichtet gewesen sei, doch habe der Kriegsminister Lord Lansdowne gestern erklärt, daß die Regierung mit der Genauigkeit der ihr von dem Nachrichten-Bureau gelieferten Angaben zufrieden gewesen sei. Minister Balfour unterbrach den Redner und sagte: „Soweit damals die Dinge bekannt waren natürlich! Sind wir doch heute noch nicht vollkommen unterrichtet! Bis jetzt hat sich nichts ereignet, was mich überzeugen könnte, daß die uns vom Nachrichtenbureau gelieferten Mittheilungen irrtümlich gewesen seien.“ Darauf sprach Buxton für das Amendement; er sagte, Balfour habe factisch zugegeben, daß ein Mangel an Voraussicht vorgelegen hat, weil er sagte, es sei eine Ueberätzung für ihn gewesen, daß der Orange-Freistaat vorbereitet war, sein Schicksal mit Transvaal zusammenzuwerfen. Die beiden bisher gehörten Reden der leitenden Minister genügt allein schon, ein Zedelsvotum zu rechtfertigen. Salisbury habe die Lage des Landes dem Vorgehen des Schachmattes durch Einschränkung der Ausgaben zugeschrieben. Der folgende Redner, Sir Robert Reid (liberal), bemerkte, die Regierung sei wegen ihrer Sorglosigkeit, wie ihres Mangels an Urtheilskraft und Geradsicht für eine der schmerzhaftesten Tagen

verantwortlich, denen sich England je gegenüber sah. Im letzten Sinne sei die Regierung verantwortlich für den Krieg. Der wahre Grund des Krieges sei ein Mißverständnis zwischen zwei Nationen, das durch die Schlechtigkeit und Thorheit einiger weniger Männer genährt, und durch Unrecht und in den Zeitungen verbreitete Lügen unterhalten worden sei. Reid besprach sodann unter dem Beifall der Oppositionellen und dem Murren der Regierungspartei die Verhandlungen vor dem Untersuchungs-Ausschusse, die ein Skandal und eine Unchre für das Haus gewesen seien. Redner schloß wie folgt: Wir werden die Boeren nie besiegen, außer wenn wir die Hälfte ihrer Bevölkerung vernichten und zu einem fürchterlichen Preise für uns selber. Wenn dies die Früchte unseres neuen Imperialismus sind und wenn der neue Imperialismus das Verlassen der alten Ueberlieferungen Englands bedeutet, die anderen Völker zu achten, auch wenn sie klein sind und ihre Freiheit eine zurückgebliebene statt einer fortschrittbringenden ist, dann ist es jedes ehrlichen Bürgers Pflicht, diesen Geist auszutreiben, denn sonst wird dieser Geist sicherlich uns vernichten.

Nach Reid nahm Unterstaatssekretär Brodrick das Wort und führte aus, daß das Amendement so gefaßt sei, daß es der Opposition ermöglicht werde, geschlossen dafür zu stimmen, obgleich ihre Mitglieder entgegengesetzte Ansichten hegten. Allein, das Verfahren, gegen die Regierung mit einer langen Erörterung der Vergangenheit und mit Anführungen aus Reden und Blaubüchern loszugehen, ohne eine statt ihrer Politik einzuführende Politik vorzuschlagen, stehe nicht auf der Höhe der Erwartungen des Landes. Das Land wolle, daß der Krieg kraftvoll durchgeführt werde. Die eigentliche Frage sei, ob England im Rechte war, für die Beschwerden der Ausländer einzutreten und wenn ja, ob irgend welche Wege, sei es diplomatische oder andere, vorhanden waren, auf denen, ohne daß man zum Kriege schritt, eine wirkliche Abstellung dieser Beschwerden zu erreichen gewesen wäre. Niemand auf Seiten der Conservativen vertheidigte den Jameson'schen Zug; niemand habe mehr durch ihn verloren, als die Regierung, denn es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß, wenn nicht die überstürzte Ausführung dieses Einfalls gewesen wäre, wohl das Geis zwischen Präsident Krüger und seinen eigenen Bürgern wegen Krügers Behandlung der Ausländer zerrissen wäre.

Es sprach sodann der frühere liberale Kriegsminister Campbell-Bannerman. Dieser erklärte, er erkenne das correcte Verhalten Balfours an und führe dann aus:
„Jetzt wird gesagt, der Krieg war unvermeidlich; das ist offenbar eine Meinung post factum, weil, wenn es nicht der Fall war, der ministerielle Standpunkt hoffnungslos verurtheilt ist, und weil, wenn die Minister im letzten Sommer den Krieg für unvermeidlich hielten und doch noch mit den Verhandlungen fortführten, in der Weise, wie sie es thaten, sie aus dem Amte getrieben werden müßten. (Gelächter bei den Ministeriellen. Beifall bei der Opposition.) Nichts war im Weiten der Frage, derentwegen sie mit Transvaal in Feindschaft verurtheilt waren, worin man einen

„Aber sie hat einen schönen, ehrenvollen Wirkungskreis.“
„Schön! Ehrenvoll!“ rief Hans stehendebleibend. „Den Launen anderer in fremdem Hause stillhalten müssen! Würden sie für sich das erträglich finden?“

„Ach — ich!“ Gertrud hemmte ebenfalls den Schritt, zog ihre Uhr heraus und erschrak, als sie sah, wie spät es war.
„Wo sind wir eigentlich?“
„Wo wir sind?“ — Irgendwo zwischen Berlin und Charlottenburg“, antwortete Gickstedt zerstreut.

Das klang unbestimmt. Es wurde Gertrud glühend heiß. Sie war nur zwei- oder dreimal im Biergarten gewesen und nie allein. Die Dämmerung sank, vom Abendroth war nichts mehr zu sehen. Sie hatte keine Ahnung, welche Richtung sie für den Rückweg einschlagen müßte, sie war ihrem Begleiter blindlings gefolgt — was mußte er davon denken, daß sie sich so leichtsinnig zu einem Herumirren in die Nacht hinein mit einem beinahe fremden Manne hergegeben hatte.

Ob er ihre Bestürzung bemerkte? Er lenkte in einen ganz engen, dunkeln Gang ein und sagte gleichmüthig im Weitergehen: „In diesen Dächern sollen sich übrigens häufig Stroiche herumtreiben. Was würden Sie thun, Fräulein Gertrud, wenn ich Sie jetzt höflich bäte, mir ihr Portemonnaie und Ihre goldene Uhr gültig zu überreichen?“

„Sie bedauern“, erwiderte Gertrud trocken. „Meine Uhr ist nur von Silber, und in meinem Portemonnaie befinden sich baare drei Mark vierzig Pfennige.“
Gickstedt brach in Lachen aus. „Nann man Sie denn gar nicht ein bisschen gruseln machen?“
„O Sie Bösewicht!“ rief Gertrud. „Als ob Sie nicht merken, wie ich mich im Stillen ängstige, wir könnten den Weg verloren haben!“
„Nein, seien Sie ruhig. Ich kenne hier Weg und Steg. Noch ein paar Schritte, so sind wir in der Hofgalerie.“ — Und vor Ueberfällen beschütze ich Sie, so viel Ritterlichkeit trauen Sie mir doch zu trotz Tante Wallis Sawarsky'scherlei.“
„Ach, vor Menschen fürchte ich mich nicht. Glauben Sie, daß es wirklich böse Menschen giebt?“
„Ohne Frage! Entsetzlich böthe, gefährliche, von Geburt an verdorbene Menschen. Wenn man hier in Berlin Studien macht, an Orten, von denen Sie kaum jemals gehört haben, so schaudert man und blickt zu Hause entsetzt in den Spiegel, ob man wirklich dieselben Züge trägt, wie sich ein Schreusal. Unsere gesellschaftlichen Zustände

casus belli hätte finden können. (Beifall bei der Opposition.) nichts war, das den Krieg und Vorbereitungen zum Kriege hätte rechtfertigen können. (Beifall bei der Opposition.) So sagte ich im letzten Sommer, weil ich wünschte, wenn möglich, Einhalt zu thun der Entsendung kleiner Truppenabtheilungen, welche sicher die Verhandlungen der Regierung vereiteln und Zweifel und Mißtrauen aufkommen lassen mußten gegenüber der Versicherung ernstlichen Wunsches nach einer friedlichen Lösung. Wir müssen daher schließen, daß alles, was getan wurde, zu dem Zweck geschah, die Boeren durch Einschüchterung zur Unterwerfung zu bringen. Eine lächerliche Auffassung von den Gegnern und ein vollständiger Verrechnen hat man in der Geschichte niemals gesehen. (Beifall bei der Opposition.) Theilsächlich hat sich die Regierung geirrt sowohl in Bezug auf den Ausbruch des Krieges und auf unsere Gegner im Kriege, als auch in ihrer ganzen Voraussicht über die Ergebnisse des Krieges. Ich bedauere, daß die Regierung von den Rüstungen der Boeren so wenig gewußt hat. Ich verlange die Vorlegung der Depeschen des Generals Buller, in denen er seine Ansichten über die militärische Lage in Südafrika und über die erforderlichen Streikräfte vorlegt.

Der Erste Lord des Schatzes, Balfour, mit lautem Beifall begrüßt, erklärte:

„Ich bin durch die Debatte gezwungen, mich mehr zu äußern über die im gegenwärtigen Augenblick ziemlich unfruchtbare Art und Weise, was getan ist, als über die viel dringlichere und wichtigere Frage, was noch zu thun übrig bleibt. Wenn ich bei der Vergangenheit verweile und nichts von der Zukunft sage, wird das Haus hoffentlich nicht denken, die Regierung hummere sich nicht mehr um die Zukunft als um bloße Parteistreitigkeiten im Hause (Beifall bei den Ministeriellen) oder um die Aufgabe, sich gegen eine Kritik zu vertheidigen, die oft ungewöhnlich unbillig ist. Campbell-Bannerman sagt uns mit echt patriotischem Ton, daß er und seine Freunde entschlossen seien, den Krieg mit allen zu Gebote stehenden Mitteln so lange aufrechtzuerhalten, als derselbe sich darauf beschränke, den Einbringling aus dem britischen Gebiete zu vertreiben. (Campbell-Bannerman, den Redner unterbrechend: „Ich habe gesagt, wir würden eine kräftige Fortführung des Krieges unterstützen, um so schnell als möglich die Integrität des Reiches zu vertheidigen und einen erfolgreichen Ausgang herbeizuführen.“ Beifall bei der Opposition.) Balfour fortfahrend: Ich danke für die genaue Wiederholung der etwas dunkeln, aber höchst wichtigen Erklärung. Campbell-Bannerman hat offenbar die Worte, mit denen er seine Ankündigung machte, sorgfältig erwogen. Ich deute die Ankündigung dahin, — und das Land wird sie wahrscheinlich auch so deuten — daß darin ein Versprechen der Unterstüßung liegt, so weit sich Campbell-Bannerman in der Opposition befindet oder das Versprechen einer noch wirksameren Politik, falls er die Regierung übernimmt, das Versprechen, den Krieg so lange aufrecht zu erhalten, als derselbe die Invasion zurückweisen soll. (Beifall; Zwischenruf: Nein, nein.) Aber Bannerman lehnt es ab, sich auf eine Erklärung festzulegen, aus der hervorginge, daß, soweit er über Englands Geheiß mitbestimmen könne, England auf dem Wege fortzuschreiten solle, sich die völlige Suprematie über ganz Südafrika zu verschaffen. (Lauter Beifall.) Bannerman widerspricht meiner Auffassung nicht. (Bannerman entgegnet hier: „Balfour wird es nicht gelingen, etwas in meine Worte hineinzulegen, was nicht darin ist, aber mich dazu zu bringen, noch mehr zu sagen.“ Gelächter bei den Ministeriellen; Beifall bei der Opposition.)

Was die Kritik der Diplomatie Chamberlains betrifft, so hatte die Opposition bisher dieselbe nicht durch ein Zedelsvotum aus Topet gebracht; erst jetzt, wo

erzeugen solche Auswüchse. Läßt man Menschenkinder zu Bestien heranwachsen, so darf man sich nicht beklagen, wenn sie bestialisch handeln. — Die große Masse der Heerdenmenschen ist freilich weder gut noch böse, sie folgt ihren Trieben, so weit sie nicht mit den Straßgehehen in Conflict kommen, sie folgt ihrem Leithammel nach rechts oder nach links, blökt wie er und läßt sich scheeren, singt und beif, wie es ihr vorgemacht wird — oder schreit nach Brod, nach Freiheit, gelegentlich auch nach Blut — ebenfalls wie es ihr vorgemacht wird.“

„Sie denken schlecht von den Menschen“, sagte Gertrud.
„Nicht schlechter als sie es verdienen“, versetzte Gickstedt. „Es ist eine erbärmliche Rasie.“

„Der doch auch die erhabensten Schöpfer- und Erbschöpfungen angehören.“
„Gewiß. Sonst wäre es nicht der Mühe werth, zu leben. Sonst müßte man an der Hoffnung verzweifeln, daß es dem Menschengeschlecht bestimmt sei, eine höhere Entwicklungsstufe zu erklimmen.“

„Es würde mich unglücklich machen, die Menschen so verachten zu müssen“, nahm Gertrud nach einer Pause wieder auf. „Lieber wollte ich zu gut von ihnen denken als zu schlecht.“
„Um mich selbst glücklich zu fühlen? Wenn doch nur Erkenntniß der Wahrheit, so widerlich und fürchterlich sie sei, unerbittliches Aufdecken des Elends, der Fäulnis, aus einer jämmerlichen Gegenwart in das Licht einer reineren und vollkommeneren Zukunft führen kann?“

Gertrud schweig, ergriffen von einem Gefühl, das der Empfindung nahe kam. Ihr jugendlich gläubiges Gemüth erfüllte sich mit der Vorstellung, daß der Mann, der so sprach, zu großen Dingen berufen sei.

Jetzt that sich die breite, von uralten, mächtigen Eichen und Buchen gebildete Hofgalerie auf. Der rosig und safranbeig angefarbene Abendhimmel warf sein schwebendes Licht voll und mild hinein. Hier wandelten noch Spaziergänger. Wagen rollten vorbei, es herrschte fast das Leben des Tages.

Gertrud athmete, wie von geheimem Druck befreit, auf. Erst jetzt merkte sie, daß ihr noch immer ein wenig bange gewesen war; aber diese Bangigkeit hatte einen wunderbaren Reiz, und jetzt verwandelte sie sich in fast übermüthige Fröhlichkeit, und es war, als seien ihrer Seele Schwingen gewachsen.

(Fortf. folgt.)

Re durch unsere Mithilfe im Felde Verhinderung erfahren hat, hat sie dies gewagt. (Beifall bei den Ministern.) Die Schwierigkeiten mit den Boeren datieren seit vielen englischen Cabineten, darunter demjenigen, dessen Mitglied Bannerman war. Chamberlain wurde angegriffen wegen Mangels an Tact und Weiblichkeit in seinen Depeschen, aber nicht ein einziger Satz wurde angeführt zur Begründung dieses Vorwurfs. Die Regierung hat die Kräfte des Feindes unterschätzt, aber die Nachrichten-Abtheilung des Kriegsministeriums sollte verdonnert werden mit Angriffen, die nicht auf Thatsachen begründet sind. Der Umfang der Streitkräfte der Boeren war ein Problem, das nicht so leicht gelöst werden konnte wie die Frage nach der militärischen Stärke irgend einer europäischen Nation. Das Kriegsministerium weiß nichts davon, daß Buller der Meinung war, die entsandten Streitkräfte seien unzureichend für die Leistung, die von ihnen erfordert werden könnte. Die entsandten Streitkräfte überstiegen bei weitem dasjenige, was die Regierung als erforderlich bezeichnet worden war. Die Regierung hat weder direct noch indirect sich in das freie Verfügungsrecht der Generale im Felde gemischt. (Beifall.) Das Land ist zweifellos mit Recht, enttäuscht über verschiedene Resultate des Krieges. Wenn die gegenwärtige Regierung nicht das Vertrauen des Hauses besitzt, und wenn das Land sich diesem Urtheil anschließt, so will ich mich verpflichten, jede etwa auf uns folgende Regierung zu unterstützen, der es gelänge, daß der Krieg zu dem Abschluß gebracht wird, den das Land wünschen würde. Die Regierung hat keineswegs den Wunsch, die vorgekommenen Mängel zu verheimlichen. Sie weiß, daß die Zukunft voll ist von Sorge und Schwierigkeiten für diejenigen, welche die Verantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten tragen. Dieser Verantwortung will die Regierung sich bemühen gerecht zu werden, so lange sie das Vertrauen des Hauses hat. Sie will nie zum Frieden rathen, bis es nicht ein solcher Friede ist, der die rechten Früchte bringt. Das Land wird darauf bestehen, daß, was für eine Regierung auch am Ruder ist, unsere militärische Ehre voll gewahrt wird, und daß wir in Südafrika keine Wurzel zurücklassen, aus der wiederum irgend eine der bitteren, giftigen Früchte entspringen könnte, an denen wir jetzt so viele Jahre lang gelitten haben.

Drage (cons.) führte sodann aus, der Krieg sei nach seiner Ansicht ein gerechter Krieg und er werde zur Reorganisation des englischen Heerwesens führen. Robson (liberal) erklärte, nach seiner Meinung sei die Sache, für die England kämpfe, die der politischen Freiheit für die größere Zahl der Bewohner Transvaals. Evelyn Cecil (cons.) trat für die Politik des Cabinets ein und bestritt mit Nachdruck, daß der Krieg ein Kapitalistenkampf sei. I. Stephen (liberal) erbat von der Regierung Aufschluß darüber, ob der Gouverneur Milner keinen Einfluß auf die Generale in Bezug auf Kimberley und Ladysmith geltend gemacht habe.

Hierauf wurde die Berathung vertagt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 1. Februar.

Die Arbeiter und die Hebung des Volks-Einkommens.

Wie aus allen auf die Einkommensverhältnisse der Arbeiter bezüglichen statistischen Daten, so erhält auch aus den dem Landtage vorgelegten Materialien, daß an der allgemeinen Hebung des Volkseinkommens in den letzten Jahren die Arbeiter in vollem Umfange theilhaftig gewesen sind. Aus den Berichten von der Verwaltung der preussischen Staatsbergwerke, Hütten und Salinen im Jahre 1898/99 ergibt sich die bemerkenswerthe Thatsache, daß im Oberbergamt Dortmund der Durchschnittsverdienst der Bergleute in den schlechten Jahren nach dem Aufschwunge von 1898/99 noch immer 150 Mk. höher war, als in der Zeit vor jenem Aufschwunge und daß bereits in dem Berichtsjahre der Durchschnittsverdienst um 170 Mk. über den Höchststand während der gedachten letzten Blütheperiode gestiegen war, sowie daß dieses Steigen des Arbeitslohnes in dem Jahre 1899 noch weiter angehalten hat. Auch die Nachweisung über die Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer weist ähnliche Daten auf. So hat sich in den fünf Jahren von 1895 bis 1899 die Gesamtzahl der Bevölkerung von 30,8 auf 32,9 Millionen, also um mehr als 2 Millionen gehoben. Dagegen hat eine Vermehrung der Zahl der steuerfreien Bevölkerung nicht stattgefunden, vielmehr betrug dieselbe im Jahre 1899 3000 Köpfe weniger als 1895. In Folge dessen sank der Procentsatz des Einkommens von 68,66 Proc. im Jahre 1895 von Jahr zu Jahr bis auf 64,28 Proc. im Jahre 1899, also durchschnittlich in jedem Jahre nahezu um 1 Proc. Eine nach Millionen zählende Zahl von Arbeitern und Angehörigen von Arbeitern hat sich also in dieser Periode in ihrem Einkommen so verbessert, daß sie aus der Klasse der Steuerfreien in die der Steuerpflichtigen übergetreten ist. Erwägt man, daß der Steueranlassung das Durchschnittseinkommen der letzten drei Jahre zu Grunde gelegt wird, so erhält, daß die aus der Statistik der letzten fünf Jahre wahrnehmbare Bewegung keineswegs abgeschwächt ist, sondern sich in den nächsten Jahren noch fortsetzen wird.

Die Umgestaltung des Gerichtsvollzieherwesens.

In der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses wurde am 30. Januar beim Etat der Justizverwaltung über die Umgestaltung des Gerichtsvollzieherwesens und die hierüber ausgearbeitete Denkschrift verhandelt. Alseitig herrschte Uebereinstimmung über das Princip der Umgestaltung durch Ueberweisung der Gebühren der Gerichtsvollzieher an die Staatskasse und Anstellung der Gerichtsvollzieher gegen festes Gehalt. Angefochten wurden aber Einzelheiten der Organisation. Das vorgeschlagene Gehalt, von 1500 bis 2700 Mk., wurde für zu niedrig erachtet und eine Erhöhung auf 1800 bis 3000 Mk. vorgeschlagen. Die Schaffung einer zweiten Kategorie von Gerichtsvollziehern bei nicht vollständiger Befähigung in diesem Amte, mit einem Gehalt von 1400 bis 1800 Mk. wurde ebenfalls scharf angefochten. Befürwortet wurde allseitig die Erhöhung des in Höhe von 24 Proc. vorgesehenen Gebührenanteils um weitere 9-10 Proc. Gegen die Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers auf einen Theil des Amtsgerichtsbezirks sind lebhafteste Bedenken geltend gemacht worden. Dieselben beziehen sich auf die Erschwerung des Verkehrs mit dem allein zuständigen Gerichtsvollzieher seitens des Publikums und der Rechtsanwälte bei Partei-Aufträgen, auf die alleinige Zuständigkeit des Bezirksgerichtsvollziehers bei Aufnahme von Wechselprotesten und den Mangel der Hülfskraft des Staates für Versehen und bei Unterzählungen, wenn die Auswahl des Gerichtsvollziehers bei

Aufträgen benommen und auf einen bestimmten Beamten beschränkt ist.

Auch die in Aussicht genommene Zulässigkeit der Uebertragung von Geschäften der Unterbeamten, abgesehen von den amtlichen Zustellungen, erregte Befremden. Die für den Uebergang auf die Dauer von fünf Jahren zu leistende Garantie des bisherigen Einkommens bis zum Betrage von 4500 Mk. pro Jahr wurde für ausreichend erachtet. Dagegen erschien die daran geknüpfte Bedingung, daß die von den Gerichtsvollziehern verdienten Gebühren die gleiche Höhe erreichen, nicht für gerechtfertigt, wenn die Eintheilung in Bezirke aufrecht erhalten wird, weil durch die Uebertragung eines bestimmten Bezirks die Möglichkeit der Erreichung dieser Einnahme benommen werden kann. Schließlich wurde die Garantie des bisher erworbenen Pensionsanspruchs gefordert.

Zu einer Beschlusfassung über die betreffenden Statistiken kam es noch nicht, da die Ansicht vorherrschte, daß die Denkschrift noch nicht genügend bekannt geworden ist und die Wünsche und Ansichten der Betheiligten noch erwogen werden müssen.

Vom südafrikanischen Kriege.

Von englischer Seite liegen an neuerem Nachrichtenmaterial uns heute wieder nur einige Angaben über die Verluste in den Gefechten am Spionkop vor, wonach dieselben sich bei weitem nicht so hoch stellen, wie die Boerenberichte behauptet hatten.

London, 1. Februar. Das Kriegsamt veröffentlicht nachfolgende Ergänzungsliste über die Verluste am Spionkop am 24. v. Mts.: Getödtet wurden 139, verwundet 392, vermisst werden 59 Mann; vier Mann wurden gefangen genommen.

Die Boeren hatten bekanntlich von 1500 englischen Todten berichtet.

Das Reutersche Bureau berichtet aus Pretoria vom 29. d. Mts., nach amtlichen Angaben betragen die Verluste der Boeren in der Schlacht am Spionkop 53 Tode und 120 Verwundete.

General Buller telegraphirt, Oberst Thorneycroft, welcher den Rückzug vom Spionkop angeordnet habe, sei kein Tadel heimgesessen; sein Verhalten sei bewundernswürdig gewesen.

Mehrere englische Blätter trösten sich mit dem alten Refrain: „Wir sind verzweifelt.“ In der Umgebung Bullers befanden angeblich sich „Glende“ (welcher Nationalität dieselben waren, scheint vorläufig noch nicht festgestellt zu sein), welche den Boeren rechtzeitig die Pläne des Generals verriethen, so daß sie, noch ehe sich der erste Schützenkampf und der erste Reiter von Epscourt aus in Bewegung setzte, von allem unterrichtet waren. Kein Geringerer als der Correspondent des „Standard“ in Durban verleiht seinem Blatte, daß dem am 10. Januar stattgefundenen Kriegsrathe der Boeren eingehende Berichte über die Pläne und den strategischen Aufmarsch Bullers vorlagen und daß die Boerencommandanten auf Grund derselben alle nöthigen Maßregeln ergreifen und die Vertheidigung der Tugela Linie endgültig organisierten. Die Räumung der Straßen nach Springfield, der Doornkop- und Zwaanskop-Stellungen, sowie die Freigabe der Furchen des Tugela waren also ein wohlkalkuliertes Stück des imjüngsten vollständig gelungenen und bis zu Ende erfolgreich durchgeführten Boerenplanes. Der „Standard“-Correspondent betont ausdrücklich, daß von einem Ueberraschen der Boeren keine Rede sein kann.

Selbst sonst ernste Militärcritiker entdecken jetzt plötzlich, daß Ladysmith „bei sorgfältiger Haushaltung mit Munition und Munitionsvorräthen“ recht wohl noch drei Monate aushalten könne. Innerhalb Monatsfrist aber könne Buller die sechste und siebente Division, d. h. weitere 20 000 Mann und bedeutende Artillerie, zugeführt werden und dieser dann mit seinen 50-60 000 Mann die Boerenstellungen, auf dem allerdings etwas weiteren Umwege durch Zululand, umgehen. Ladysmith entziehen, die Pässe forciren und vor Bloemfontein Roberts und Kitchener die Hand reichen. Andere folgern aus der Ankunft der Colonne unter Divisionsgeneral Kelly-Kenny im Norden der Capcolonie und anderen militärischen Vorkehrungen, daß Roberts beschloßen habe, Buller vorläufig wenigstens nicht zu verstärken, sondern den lang geplanten Masseneinsatz in den Drakensberg zu beginnen.

Auch die Boeren wollen eine

Änderung ihrer Taktik vor Ladysmith einbringen, wie nachstehende heute eingetroffene Drahtmeldung besagt:

London, 1. Februar. Der „Times“ wird aus Lorenzo Marques vom 30. Jan. gemeldet: Meldungen aus Transvaal zufolge ist man dort davon überzeugt, daß es nutzlos sei, einen Sturmangriff auf Ladysmith zu versuchen und die nutzlose Beschließung fortzusetzen. Das Kriegsdepartement der Boeren hat daher beschloßen, die Taktik auf diesem Punkte zu ändern. Große Mengen von Holz und Sandfächern und Hunderte von Rastern werden von Johannesburg nach Pretoria abgefaßt, da man beabsichtigt, den Rastern abzumachen einige Meilen unterhalb von Ladysmith. Man hofft, auf diese Weise eine Ueberfluthung in der Stadt herbeizuführen und die Soldaten und die Einwohner aus den Assementen und Kellern zu vertreiben, so daß sie dann dem Geschützfeuer mehr ausgesetzt sind.

Gefecht in Rhodesia.

Reuters Bureau meldet aus Johannesburg vom 27. Januar: Die „Standard and Diggers News“ veröffentlicht ein Telegramm aus Pretoria vom 25. Januar, welches meldet, daß in der Nähe der Arochil-Pools ein Zusammenstoß zwischen den Boerenposten und den britischen Truppen, welche letztere in überwiegender Mehrzahl waren, stattgefunden habe. Die Boeren wurden zum Rückzuge gezwungen, trieben aber, nachdem sie Verhinderung erhalten, die britischen Truppen aus ihrer Stellung. Sie hatten zwei Verwundete. Hierzu bemerkt Reuters Bureau: Diese Nachricht bezieht sich wahrscheinlich auf ein Gefecht mit der Streitmacht des Obersten Plumer, der vom Norden her nach Mafeking vorrückte, und es erledigt sich dadurch das Gerücht, daß Mafeking entsetzt sei.

In der Schlacht bei Magersfontein auf dem westlichen Kriegsschauplatz am 11. Dezember haben nach dem Bericht zweier Augenzeugen im Boerenblatt „Expres“ die Engländer mehr als 2500 Mann ihrer Garde und Aerntruppen verloren. Noch am Tage nach der

Schlacht fand der Augenzeuge beim Reiten über das Schlachtfeld, obgleich die Ambulanz der Engländer den ganzen Tag vorher thätig gewesen war, noch gegen 1500 Leichen. Auf einem einzigen Haufen zählte er 300. Die Boeren verloren im ganzen in der 15stündigen Schlacht nur 166 Mann, obwohl die Engländer sie mit Bomben und Artillerie geradezu überschütteten. Die Boeren hatten in der Schlacht etwa 1000 Mann in Schützengraben und Verchanungen vorgehoben. Gegen diese richtete sich der Ansturm der Engländer. Es ist, so schreibt der Augenzeuge, eine kaum zu glaubende Thatsache, daß die ganze Schlacht von diesen 1000 verschanzten Boeren geschlagen wurde. Denn die auf den Höhen stehende Artillerie sowie die anderen Boerentruppen waren so postirt, daß sie sich außerhalb des Geschloßes befanden.

Die Munitionsfabrik in Johannesburg.

Nach einer Nachricht, die aus Johannesburg nach Durban gekommen sein sollte, sollte in der Hauptstadt Transvaals eine Munitionsfabrik in die Luft gepflogen sein. Ich will „Central-News“ Näheres darüber wissen: Am Anfang des Krieges nahm die Transvaal-Regierung Beagies Maschinenfabrik in Johannesburg in Besatz. Diese Fabrik ist die größte dieser Art in Südafrika. Arbeiter machte einen Engländer Namens Perrin, einen wohlbekannten Geschäftsmann, zum Leiter der Fabrik, damit in derselben Augen für die großen Kanonen der Boeren gegossen werden könnten und auch die Abnutzung der Kanonen reparirt werden könnte. Die Firma Beagie hatte vor Ausbruch des Krieges die Fabrik geräumt und dieselbe geschlossen. Die Arbeit war im Gange, als die Explosion erfolgte. Dieselbe zerstörte das ganze Gebäude. Der Verlust an Menschenleben ist noch nicht bekannt, soll aber groß gewesen sein. Die Herstellung der erwähnten Geschosse ist nun sehr behindert und nur ein kleines Arsenal in Pretoria kann sie noch herstellen. Man glaubt, daß, wenn der Feldzug an allen Stellen kräftig fortgesetzt werden sollte, die großen Kanonen der Boeren bald wegen Mangels an Munition nutzlos werden könnten.

Weitere Truppensendung.

London, 1. Febr. In Aldershot ist gestern untermarirt der Befehl eingetroffen, daß die 4. Cavalleriebrigade sich zur sofortigen Einschiffung bereit halten soll.

Eine russische Bittschrift an Mac Rintey.

Gräfin Schumaloff in Petersburg hat dem internationalen Friedensbureau in Bern eine Abschrift einer von 40 000 russischen Damen unterzeichneten Bittschrift an den Präsidenten Mac Rintey überreicht, worin dieser um seine Friedensvermittlung im südafrikanischen Kriege ersucht wird. Dem Vorgehen der Russinnen werden sich auch die Frauen der Niederlande anschließen.

Deutsches Reich.

Berlin, 1. Febr. Der Kaiser trifft nach einem Telegramm aus Kiel am 1. April dortselbst ein, um der Indianerkrieg des nach Ostasien als Flagggeschiff bestimmten Panzerkreuzers „Fürst Bismarck“ beizumohnen.

Berlin, 1. Februar. Prinz Heinrich passirte auf seiner Heimreise heute bereits glücklich den Guekanal.

Berlin, 31. Jan. Zur Entscheidung über die lex Heinze, welche äußerst zweifelhaft ist, erspricht die „Volksztg.“, daß die Regierung fest entschlossen ist, das ganze Gesetz fallen zu lassen, sobald der jetzt zur Berathung kommende Arbeiterparagraf, welcher die criminelle Bestrafung von Arbeitgebern bei fittlichen Delikten gegen ihre Arbeiterinnen ausspricht, angenommen werden sollte. In der Commission hat dieser Paragraf eine bedeutende Mehrheit erhalten. Die Regierung bemüht sich, auf die Conservativen einzuwirken, um die für Streichung des Paragrafen zu gewinnen. Wie das Plenum entscheidet, ist äußerst zweifelhaft. Das Centrum ist so für das Gesetz eingenommen, daß es entschlossen ist, auch bei Ausmerzung des Paragrafen für das Ganze zu stimmen. Man hofft auf dieser Seite, bis zur dritten Lesung ein Compromiß abzuschließen auch bezüglich des vom Staatssecretär Niederberg als unannehmbar bezeichneten Paragrafen, welcher das Schutzhalt der Mädchen in Gagen Verführung der Mädchen auf 18 Jahre festsetzt.

Montag, den 5. Februar, findet auf Anregung von Berliner Mitgliedern des Wahlvereins der Liberalen im großen Saal des Berliner Handwerkervereins eine öffentliche Versammlung statt, worin Abg. Barth das Referat in der Frage der Flottenverhinderung halten wird.

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt: In conservativen Kreisen erzählt man, daß vor einigen Tagen wiederum ein hoher Hofbeamter seine Entlassung eingereicht habe. Auf die Frage, weshalb dies geschehe, gab er zur Antwort, daß er als Mitglied des Herrenhauses in die Lage kommen würde, gegen die Kanalvorlage zu stimmen. Daraufhin soll das Entlassungsgeheiß abgelehnt worden sein, da man eine solche Opposition nicht derart schwer ansehen würde.

Durch die Verhaftung des Oberfeuerwerfers Eckmann in Spandau ist nach dem „Al. Journal“ die Behörde weiteren Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen. Es soll ohnedies feststehen, daß Eckmann mit Attakés ausländischer Regierungen in unerlaubtem Verkehr gestanden hat.

Gegen den Rechtsanwalt Hertwig, welcher früher in der antisemitischen Bewegung eine größere Rolle gespielt hat und auch als Reichstagskandidat auftrat, ist eine Untersuchung eingeleitet worden. Er soll Zeugenbeeinflussung begangen und unrichtige Zeitungsartikel in die Blätter gebracht haben. Außerdem wird er der Verletzung der Eidspflicht im Proceß Gehlen beschuldigt.

[Die beiden Volksparteien und die Flottenvorlage.] Die freisinnige und die süddeutsche Volkspartei haben gestern bereits „zu allererst von allen Parteien des Reichstages“ zur Flottenvorlage Stellung genommen; und dabei hat sich, wie die „Freis. Ztg.“ mitgetheilt hat, eine „volle Einstimmigkeit“ ergeben. Die „Nat.-lib. Corr.“ bemerkt dazu: Worüber — wird nicht gesagt. Wie uns von wohlunterrichteter Seite mitgetheilt wird, hat es schon darum nicht schwer gehalten, die „Einstimmigkeit“ herzustellen, weil die gemeinsame Sitzung im Vergleich zu der Bedeutung des gefassten Beschlusses dürftig besetzt war. Außerdem hat die „Einstimmigkeit“ zu einem wesentlichen Theil darin bestanden, bei der Be-

kämpfung der Flottenvorlage möglichst jede Bekämpfung der geforderten Flottenvermehrung selbst zu vermeiden. (Bedarf wohl der Bekräftigung.)

[Befähigungsnachweis für das Baugewerbe.] Die Petitionscommission des Reichstages will eine Petition aus dem Löwenberger Kreise dem Reichshandwerkerbund zur Berücksichtigung überweisen. Der Regierungs-Commissar Geheimrath Wilhelm erklärte, der Staatssecretär des Innern stehe der Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe grundsätzlich keineswegs ablehnend gegenüber, aber zunächst müßten die neu gebildeten Handwerkerhämmer in dieser Frage gehört werden. Auch müßten zuvor die Vorschriften der Novelle von 1897 über die Einrichtung von Gesellenprüfungen und die Wiedereinführung der Meisterprüfungen in Kraft getreten sein. Auch sei man in den Kreisen der zunächst Betheiligten sehr getheilte Meinung darüber, in welcher Weise der Befähigungsnachweis des Näheren auszufallen sei. Er empfiehlt demgemäß, die Petition als Material zu überweisen. Gegen eine starke Majorität wurde aber die Ueberweisung zur Berücksichtigung beschloßen.

[Prügelstrafe.] Die Petitionscommission des Reichstages beantragte über eine Petition aus dem Amte Bünde in Westfalen zur Tagesordnung überzugehen. Der Beschluß wurde mit elf gegen acht Stimmen gefaßt. Die Minderheit meinte, eine Ueberhandnahme der Rohheit des Verbrechens constataren zu können und verlangte Ueberweisung der Petition als Material. Dieser Befürwortung der Petition wurde lebhaft widersprochen, indem auf die Unweidmässigkeit und die zur Verrohung der Strafrechtspflege führende Wirkung der Prügelstrafe hingewiesen wurde. Der Regierungscommissar beschränkte sich auf die Bemerkung, daß er nicht in der Lage sei, über die Stellung der verbündeten Regierungen oder des Reichshandwerkers zu der Frage der Wiedereinführung der Prügelstrafe eine Erklärung abzugeben.

[Eine deutsch-feindliche Aeußerung.] Soll der Schwiegersohn des Kaisers Franz Josef, der Erzherzog Franz Saluator, gelian haben, indem er von einem auf die Dauer unvermeidlichen Krieg zwischen Deutschland und Oesterreich gesprochen haben soll. Erzherzog Franz Saluator hat nach einem slovenischen Blatt angeblich kürzlich seine Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß es früher oder später zu einem Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland kommen werde, da Deutschland sich durch Oesterreich eine Brücke zur Adria schlagen wolle. Der Krieg zwischen Deutschland und Oesterreich ist nach Ansicht des Erzherzogs Franz Saluator notwendig, weil in Deutschland der Wunsch nach dem Besitz der schönen Donauländer erwacht sei. Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Krieg fordert Erzherzog Franz Saluator ein österreichisch-russisches Bündniß. Die ganze Geschichte beruht offenbar auf Erfindung.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 31. Jan. Den heute hier eingegangenen Nachrichten zufolge ist die Lage in allen Auslandsgebieten unverändert.

Frankreich.

Paris, 31. Jan. Der berühmte D'Anno, der trotz des Ausweisungsbefehls hierher zurückgekehrt ist, wurde wegen Brandstiftung verhaftet. Man wird ihn an die Grenze bringen.

Paris, 31. Jan. Vor dem Schuttpolizeigericht wurde heute die Angelegenheit Judet-Sola verhandelt. Exhert hatte Judet wegen Veroffentlichung von gefälschten Documenten, die geeignet waren, den guten Ruf seines Vaters zu schädigen, angeklagt, Judet dagegen gegen Sola die Klage wegen Verleumdung angeklagt. Das Schuttpolizeigericht sprach Sola frei. Das Urtheil wurde mit Ruf: „Es lebe Sola!“ aufgenommen.

„Gaulois“ will wissen, daß die Regierung von mehreren Privatgesellschaften Schiffe gemietet habe, um nach den wichtigsten Colonien Truppenverhärkungen und Munition zu senden.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 1. Februar.

Wetterausblick für Freitag, 2. Febr., und zwar für das nordöstliche Deutschland: Kalt, wolbig mit Sonnenschein, windig. Strichweise Niederschläge.

[Amtsgerichtsrath Kaufmann f.] Das hiesige Richter-Collegium hat den Verlust eines seiner ältesten Mitglieder, unsere Bürgerstadt den Hingang eines ihr entsprossenen treuen Mitbürgers zu beklagen. Nach längerem Leiden starb gestern Abend, im eben begonnenen 63. Lebensjahre, Herr Amtsgerichtsrath George Kaufmann, ein ebenso gewissenhaft, charakterfester richterlicher Beamter wie grader, schlichter und menschenfreundlich durchs Leben gehender Mitbürger. George Kaufmann war als der älteste Sohn eines Danziger Handelsherrn am 19. Januar 1838 in Danzig geboren, hatte hier seine Ausbildung für die Universität erhalten, dann Jura studirt und sich der richterlichen Laufbahn gewidmet. Am 24. October 1864 hatte er seine Ernennung zum Assessor erhalten. Zwei Jahre darauf zog er in den Krieg gegen Oesterreich und nahm als junger Offizier Theil an der Schlacht bei Königgrätz, wofür er das Erinnerungskreuz jenes Feldzuges erhielt. Nach der Heimkehr nahm er seine richterliche Wirklichkeit wieder auf und wurde am 10. August 1868 zum Stadt- und Kreisrichter in seiner Vaterstadt Danzig ernannt. 1870 zog er aufs neue mit der Waffe ins Feld, um für sein Vaterland zu streiten und auch hier erwarb er die Auszeichnung der Tapferkeit: das eiserne Kreuz. Während des zweiten Theiles des Feldzuges verlor er die schwierige Stellung eines Stabes-Commandanten in Frankreich. Mit den siegreichen Truppen im September 1871 nach Danzig in feierlichem Einzuge zurückgekehrt, trat Kaufmann (zuletzt Hauptmann der Landwehr) sofort wieder in das hiesige Richter-Collegium ein. Am 17. Mai 1876 erhielt er den Charakter als Stadt- und Kreisgerichtsrath und nachdem er bei der großen Justizreorganisation von 1879 für die Wirklichkeit als Amtsrichter entschieden, erhielt er am 31. Juli 1879 die Bestallung als solcher mit dem Amtstitel Amtsgerichtsrath. In dieser Stellung hat er bis zu seinem Tode ununterbrochen gewirkt. Am 14. August 1886 übernahm Herr Kaufmann ehrenamtlich die Stellung als Syndicus in der v. Conradtschen Stiftung, in welcher er seitdem ebenfalls ohne Unterbrechung verdicnftlos, längere Zeit als Vorsitzender des Curatoriums, gewirkt hat. Er war ferner seit einer längeren Reihe

* [Veränderungen im Grundbesitz.] Es sind
 gekauft worden die Grundstücke: Hirschgasse Nr.
 13 von dem Kaufmann Lemon in Schönfeld an die W.
 Justine Ault geb. Freyhutter für 43 000 Mk.;
 teukanten Nr. 13 von den Privatier Bittner'schen
 leuten an den Kaufmann Rott für 88 000 Mk.;
 gasse Nr. 13 von der Witwe Matern geb. Pipin
 dem Willy Matern an den Kaufmann August Siegel.

Apollo-Saal. Freitag, den 9. Februar, 8 Uhr,
Lieder - Abend
von Theresе Behr aus Mainz
 unter gütiger Mitwirkung von Frä. Charlotte Hewelcke.
 Frä. Behr: 3 ital. Arien von Donizetti, Händel, Salvator
 Role, Schumann, 4 Lieder. Brahms, 4 Lieder. Schubert,
 2 Lieder. Pöwe, die Uhr. Lieder von Cornelius und
 Heissauer. Frä. Hewelcke: Wendelssohn. Konzert-
 Arie. 3 Lieder von Schumann und Rubinstein. (1895
 Flügel: Schiedmayer. Magazin: Rob. Bull. Brodbänheng. 36.
 Karten 3, 2, 1 M in d. Romann'schen Bzlg. Cangenmarkt 10.